

Geplante Neuordnung des GEAS: Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Auswirkungen für die therapeutische Praxis und die Menschenrechtssituation

30.09.2023 Impulsreferat NGaT zum Thema „Das Böse in uns“

Gliederung

- Humane Flüchtlingspolitik versus Diskriminierung und Rassismen wirkt sich auf die Qualität der psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus
- Humanitäre Hilfe wird behindert durch restriktive Gesetzgebung, falls sich die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Reform) durchsetzen sollte
- Im Europäischen Parlament durch Blockade von Ungarn und Polen wurde die GEAS derzeit noch gestoppt (Rats-Vorschlag gehe nicht weit genug)

Beschäftigung mit Flüchtlingen: Interkulturelle Sensibilisierung

- Was haben die Erfahrung des Fremden und die Erkundung des Eigenen darin an Gemeinsamem miteinander?
- Weder distanzlose Identifikation mit dem Fremden noch Abschottung davor sind empfehlenswert.
- Die Würde des Menschen, das Recht auf Leben und Schutz (Asyl) und Gesundheit sind unantastbare Grundrechte.
- Wir leben in einer Gesellschaft, in der Machtdistanz und / oder Unsicherheitsvermeidung vorherrschen.
- Sollten wir diese Grundrechte „abschaffen“, machen wir uns mitschuldig (das Böse in uns) am Unrecht in der Welt.
- 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10.12.1948 sind weiterhin gültig.

Prävalenz von psychischen Erkrankungen bei Geflüchteten und Asylbewerbern

15 verschiedene Länder, 26 Studien mit inkludierten 5143 Personen Prävalenzen

- 31,46% für PTBS
- 31,5% für Depressionen
- 11 % für Angststörungen
- 1,51% für Psychosen

Blackmore R, Boyle JA, Fazel M et. al: The prevalence of mental illness in refugees and asylum seekers: A systematic review and meta-analysis. PLOS Med 2020;17: e1003337

Krieg (Ukraine) schafft bei jungen Menschen eine Atmosphäre der Unsicherheit und Instabilität, die sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirkt mit Zunahme psychischer Erkrankungen. Missbrauch und Gewalt während des Krieges sowie Verlust von Freunden und Familienangehörigen kann zu schweren psychischen Traumata führen.

Chaaya C, Devi Thambi V, Sabuncu Ö et al. Ukraine – Russia crisis and its impacts on the mental health of Ukrainian young people during the COVID-19 pandemic. Ann Med Surg 2022;79: 104033

Prävalenz von psychischen Erkrankungen bei Geflüchteten und Asylbewerbern

- Crises Impact Survey: Untersuchung von Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung im Verlauf des Ukraine-Kriegs: 62,2% der Befragten geben eine hohe Ausprägung an Angst vor dem Ukrainekrieg an.
- Bei der älteren Generation können zudem Erinnerungen an eigene Kriegs- und Fluchterlebnisse wieder präsent werden und zu zusätzlichen Ängsten und Belastungen führen.
- Ähnlich wie die COVID-19-Pandemie ist auch der Ukraine-Krieg als potenziell toxischer Stressfaktor für die psychische Gesundheit einzuschätzen.
- Erhöhter Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung im Kontext des Ukraine-Krieges: sowohl erhöhte Belastung deutscher Bevölkerung als auch bei den in BRD schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine.

<https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/risiko-emotionen-sorgen/50-zeitgleichekrisen/>; Stand: 10.02.2023

Epidemiologie und Verlauf

- Wenn Grausamkeiten sich wiederholen, kann ein linearer/exponentieller Zusammenhang zwischen der Zahl verschiedener Erlebnisse und der Wahrscheinlichkeit einer (k)PTBS (Traumafolgestörung) beobachtet werden, bis schließlich nach ungefähr 25 „Alarmreaktionen“ während lebensbedrohlicher Ereignisse vermutlich jeder erkrankt („Building Block Effekt“).
- In Kriegs- und Krisengebieten sowie Diktaturen erleben Menschen weltweit multiple Traumatisierungen.
- Es existiert Wissen über die psychische Vulnerabilität mit Erkrankungsrisiken von Menschen aus anderen Kulturen mit besonderen Problemlagen (jugendliche Migranten, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Gruppe der Mädchen und Frauen, Opfer von Menschenhandel und solche im Alter).
- Erlebnisse familiärer Gewalt, sexueller, physischer Missbrauch in der Kindheit gehen damit oftmals einher.

Migration und psychische Erkrankungen: Positionspapier DGPPN (20.06.2023)

- zugenommene Zahl der Menschen, die Schutz vor Krieg, Verfolgung, Gewalt, Naturkatastrophen und Hunger (Auswirkungen des Klimawandels) suchen. Viele der Neuankömmlinge sind psychisch schwer belastet.
- Trotz ihrer Not stoßen sie im psychosozialen Versorgungssystem bzw. an Europas Grenzen auf erhebliche Zugangsbarrieren.
- Davon betroffen sind auch Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in BRD leben.
- Positionspapier DGPPN (20.06.2023) zur Sicherstellung der Rechte von Schutzsuchenden unter Berücksichtigung der Versorgungslage (aus der AG zur Verbesserung der Versorgung traumatisierter Geflüchteter unter Beiziehung ärztlich-psychotherapeutischer Expertise in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren)

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Niemand flieht freiwillig: Flüchtling wird verfolgt aufgrund Religion, sexueller Orientierung, politischer Anschauungen. Oder möchte Kriegen und Menschenrechtsverletzungen in der Heimat entkommen. Fühlt sich lebensbedroht.
- Flucht nach Europa ist lebensgefährlich: 2016 starben über 5000 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, dieses Jahr sind es schon über 2000 Ertrunkene.
- Asyl ist ein Menschenrecht: es ist eine völkerrechtliche Verpflichtung, dass ein Staat Flüchtlingen Schutz gewährt. Nach Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen, und hat Anspruch auf ein faires Asylverfahren.

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet, Personen in Länder zurückzuschicken, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Es ist also Europas Pflicht, Menschen in Not zu helfen.
- Die meisten Flüchtlinge kommen nicht nach Europa, sondern fliehen in ihre Nachbarländer. Rund 84 % aller Schutzsuchenden werden von Ländern aufgenommen, die Flüchtlinge nicht angemessen versorgen können (in Flüchtlings-siedlung Kutupalong, Bangladesch, leben über 635.000 Menschen, ausgesetzt Tropenstürmen, Regenfluten, Erdbeben, Malaria, Monsun). Die EU erreichen nur wenige von den derzeit 110 Millionen Menschen auf der Flucht. 41 Prozent davon sind Kinder.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten entziehen sich ihrer Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz und gibt bisher Milliarden für die Abschottung ihrer Außen-Grenzen aus (bis 2015 kosteten 235 km lange Zäune rund 175 Millionen €).

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Zu den Zäunen kommen noch Hunderte Millionen Euro für hochentwickelte Überwachungssysteme, Grenzkontrollen, für die Grenzschutzagentur Frontex und die Vorverlagerung europäischer Grenzen im Rahmen von Abkommen mit Drittstaaten (Tunesien, Marokko). Die Gelder werden weniger genutzt für die finanzielle Unterstützung der Aufnahme von Asylsuchenden.
- Im Juni 2015 beschloss der Europäische Rat, im Rahmen des UN-Neuansiedlungsprogramms für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge 20000 Plätze bereitzustellen („Resettlement“). Laut UNHCR (FLÜCHTLINGSHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN) benötigen aber weltweit eine Million Menschen einen Resettlement-Platz, so dass die EU-Staaten mehr Menschen aufnehmen müssten (mehr Visa aus humanitären Gründen).

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Es gibt kaum sichere Fluchtwege zum Gebiet eines Mitgliedstaats der EU, um dort Asyl zu beantragen. In Europas Nachbarschaft drohen Haft und Folter. Beispiel Libyen, einem der wichtigsten Transit-Länder: dort können Flüchtlinge auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden.
- In den Haftzentren werden sie misshandelt und gefoltert.
- Die libysche Küstenwache hindert die Flüchtlinge, den Weg nach Europa anzutreten, um dort Schutz zu erhalten.
- Die Fluchtursachen (z.B. bewaffneter Konflikt in Syrien, katastrophale Lage in Afghanistan und im Iran, massive Unterdrückung in Eritrea, Armut, Dürre, Unwetter) lassen sich nicht auf die Schnelle beseitigen, die Schutzsuchenden brauchen aber sofort Schutz.
- Es gibt kaum noch legale Wege nach Europa, die Flüchtlinge sind gezwungen, den gefährlichsten Weg nach Europa über das Mittelmeer zu wählen, riskieren dabei ihr Leben (Ertrinkungstod).

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Seit einigen Jahren werden in Deutschland die Menschenrechte schleichend ausgehöhlt, nämlich das Recht, Asyl zu suchen.
- Seit dem 17. März 2016 gilt das sogenannte Gesetz zur „Einführung beschleunigter Asylverfahren“ – kurz Asylpaket II.
- Entsprechend Asylpaket II werden die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden weiter eingeschränkt, z.B. bzgl. des Familiennachzugs. Ein Bekenntnis zum Recht, Asyl zu suchen, ist auch ein Bekenntnis zu den Menschenrechten.
- Jedes Jahr versuchen Zehntausende Menschen, das Mittelmeer zu überqueren. Die europäische Abschottungspolitik zwingt sie, die gefährlichste Fluchtroute der Welt zu nehmen, Unzählige von ihnen ertrinken.

Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik

- Die EU ist verpflichtet, das Leben von Bootsflüchtlingen zu retten.
- Auch die Flüchtlinge auf der sog. Balkanroute werden zu Opfern der EU-Abschottungspolitik, da ihnen Inhaftierungen, rechtswidrige Rückführungen an der Grenze und menschenunwürdige Lebensbedingungen drohen.
- Forderungen in Petitionen, Protestaktionen und Informationsveranstaltungen: Durchführung fairer Asylverfahren, Gewährleistung sicherer und legaler Zugangswege, Entwicklung eines solidarischen gemeinsamen europäischen Asylsystems, die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten, Recht auf Arbeit zur finanziellen Absicherung des Lebensstandards mit der Möglichkeit, die Sprache zu erlernen.

„Ocean Viking“ rettet mehr als 600 Menschen

© dpa/aerzteblatt.de 14. August 2023

- Das Rettungsschiff „Ocean Viking“ hat nach Angaben von SOS Méditerranée bei 15 Einsätzen binnen 48 Stunden 623 Menschen „aus seeuntüchtigen kleinen Booten“ im Mittelmeer gerettet. Das teilte die europäische Hilfsorganisation kürzlich auf der Online-Plattform X, vormals Twitter, mit.
- Die meisten Rettungen fanden demnach auf der Strecke zwischen dem tunesischen Sfax und der italienischen Insel Lampedusa statt. Sie seien von den italienischen Behörden koordiniert worden.
- Laut SOS Méditerranée waren unter den 623 geretteten Menschen 15 Kinder und 146 unbegleitete Minderjährige. Es handle sich um Menschen aus dem Sudan, Guinea, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Benin und Bangladesch.
- Ein Teil der Geretteten sollte später in Lampedusa an Land gehen, die übrigen sollten nach Civitavecchia, nordwestlich von Rom, gebracht werden.
- Immer wieder wagen Bootsmigranten gefährliche Überfahrten, um nach Europa zu gelangen. Dabei kommt es mitunter zu verheerenden Unglücken. © dpa/aerzteblatt.de

Rat der EU: Pressemitteilung 8. Juni 2023 zur geplanten Neuordnung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

Migrationspolitik: Rat der EU legte Vorschlag zur Neuordnung des GEAS dem Europäischen Parlament vor über wichtige geplante Änderungen der Asyl- und Migrationsgesetze.

- **Straffung des Asylverfahrens:** Mit der Asylverfahrensverordnung soll in der gesamten EU mit 27 Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Verfahren eingeführt werden mit verbindlichen Verfahren an der Grenze, damit an den Außengrenzen der EU rasch festgestellt wird, ob Anträge unbegründet oder unzulässig sind. Personen, die dem Asylverfahren an der Grenze unterliegen, dürfen nicht in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats einreisen.
- Hierzu bräuchte es angemessene Aufnahme- und Personalkapazitäten, wie sie erforderlich sind, um jederzeit eine bestimmte Zahl von Anträgen zu prüfen.

„mutmaßlicher Menschenschmuggel“ Kriminalisierung der Migration

- Podcast #14 Knast statt Asyl medico international
In Griechenland sitzen über 2000 Geflüchtete wegen des Vorwurfs des Schmuggels im Gefängnis. Die Prozesse dauern im Schnitt 37 Minuten und das Urteil lautet durchschnittlich auf 46 Jahre Haft.
- Als Schmuggler werden juristisch alle Personen definiert, die ein Boot oder Auto steuern – selbst dann, wenn die Person selbst auf der Flucht ist. Dahinter steht ganz offensichtlich ein System. Das sagen immer mehr Anwält:innen, Menschenrechtsorganisationen und die Betroffenen.
- Eine neue Studie der NGO „Borderline Europe“ hat das Vorgehen der griechischen Behörden genauer untersucht. Sie trägt den Titel "Ein Rechtsfreier Raum" und dokumentiert zahlreiche Justiz-Fälle, in denen es um mutmaßlichen Menschenschmuggel geht.

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Hans-Eckhard Sommer (CSU) 01.08.2023 in Potsdam

- Potsdam – Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Hans-Eckhard Sommer (CSU), hofft durch EU-Fördermittel auf eine verbesserte psychosoziale Versorgung (BAfF e.V.: Dachverband der 47 psychosozialen Zentren) von Asylsuchenden in Deutschland.
- Die EU fördert - nach Angaben des BAMF - Projekte zur Verbesserung von Integrationschancen und Aufnahmebedingungen für Geflüchtete.
- Rund 1,5 Milliarden Euro sollen in der Förderperiode 2021 bis 2027 in Deutschland ausgeschüttet werden. „Ganz neu“ sei ein Budget für temporäre Nothilfen aus diesen EU-Mitteln in Höhe von „bis zu 100 Millionen“, sagte Sommer. Der Antragsbeginn ist Mitte August. Das Geld müsse nun bei denen landen, die Hilfe bei der Integration leisten könnten.

© dpa/aerzteblatt.de

Folter und Misshandlung bei Pushbacks an den EU-Außengrenzen

- In der Petition "Gerechtigkeit für die Toten und Vermissten von Mellila" werden die schweren Menschenrechtsverletzungen an der spanisch-marokkanischen Grenze im Juni 2022 beschrieben.
- In Amnesty-Berichten der letzten beiden Jahre wurden Fälle von Folter und Misshandlung bei Pushbacks auch in Griechenland, Litauen, Lettland und an der polnisch-belarussischen Grenze dokumentiert.
- Durch die geplante GEAS-Reform werden die Gewalterfahrungen an den EU-Grenzen für schutzsuchende Flüchtlinge zunehmen.
- Vergangenheit und Gegenwart zeigen, dass Staaten kaum oder keine Konsequenzen zu befürchten haben, wenn sie EU-Recht brechen.
- Schutzsuchende werden weiterhin in Staaten Schutz suchen, in denen sie gute Lebensbedingungen und Rechtsbestände vermuten.

Reformen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) Juni 2023

- EU-Innenminister einigten sich im Juni 2023 zu verschärften Grenzverfahren.
- Bei beantragtem Asylverfahren wird der Antragsteller in einem verkürzten Verfahren an den vorverlegten EU-Außengrenzen (Marokko, Tunesien) für diese Zeit haftähnlich über etwa 1/2 Jahr untergebracht, ohne Rechtsbeistand, medizinische Versorgung, ohne Rücksicht auf vulnerable Gruppen, die damit riskiert sind, Opfer von Menschenrechtsverletzungen an den EU-Grenzen zu werden.
- Solche Länder werden als „sichere“ Drittstaaten bei weitgehender Beibehaltung des Dublin-Systems bezeichnet.
- Die spanische EU-Präsidentschaft möchte zu „Verordnung für Ausnahmen im Falle von Krisen, Instrumentalisierung und höherer Gewalt“ Verschärfungen erarbeiten.

Netzwerk Fluchtforschung 13.Juni 2023

- Aussagen über Flüchtlinge durch Politiker in der öffentlichen Meinung vernachlässigen oft internationale rechtliche Standards, spielen menschenrechtliche Auswirkungen herunter und proklamieren unzutreffende Wirkungszusammenhänge. Für geflüchtete Menschen und ihre Lebensverhältnisse können diese Entwicklungen schwerwiegende Konsequenzen entfalten.

Die Pressemitteilung der EU vom 8. Juni 2023 enthält dieses Potential:

„Sekundärbewegungen sollen verhindert werden, indem die Möglichkeiten für die Übertragung oder Verschiebung der Zuständigkeit zwischen den Mitgliedstaaten eingeschränkt werden, wodurch für den Antragsteller die Möglichkeiten eingeschränkt werden, den Mitgliedstaat, in dem er seinen Antrag stellt, auszuwählen.“

Netzwerk Fluchtforschung 13.Juni 2023

- Beschleunigte Verfahren, schnelle Ablehnungen von Asylanträgen – mit diesem Versprechen hofft der EU-Rat auf Unterstützung in der Bevölkerung. Jedoch führen die schnellen Grenzverfahren über das Konzept sogenannter sicherer Drittstaaten zu Abschiebungen von Menschen aus Syrien oder Afghanistan, die sonst eine hohe Anerkennungsquote aufweisen, dann aber ohne inhaltliche Prüfung ihrer Fluchtgründe abgeschoben werden würden.
- Nötig wäre stattdessen eine merkbare Aufstockung der EU-weiten Resettlement-Kontingente (27 Länder stellen Aufnahmeplätze zur Verfügung für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge) auf eine Million Plätze in der EU.

Netzwerk Fluchtforschung

- Die EU sieht Außengrenzübergangsstellen vor, an denen bestimmte Schutzsuchende Asyl beantragen und erst nach positiver Prüfung in EU-Mitgliedstaaten gelangen dürfen. Die Asylverfahren sollen in sogenannten Asylzentren stattfinden und obwohl diese auf dem Territorium von EU-Mitgliedstaaten lägen, würden die Asylsuchenden als nicht eingereist gelten – eine Fiktion der Nichteinreise, die auch von Flughafenverfahren bekannt ist.
- Die Asylverfahren sollen insgesamt nicht länger als sechs Monate dauern, inklusive der Rückführung von jenen, deren Asylgesuche abgelehnt wurden. Hierdurch werden Asylverfahren in Drittstaaten ausgelagert, die am ehesten die Ablehnung des Antrags vorantreiben werden wollen, um abzuschieben.

Netzwerk Fluchtforschung 13.Juni 2023

- Die Asylzentren an EU-Außengrenzen würden geschlossene, haftähnliche Einrichtungen darstellen und somit im Kern Lager repräsentieren, die weltweit seit Jahrzehnten zur Aufnahme von Geflüchteten genutzt werden. Ob ‚Hotspots‘, ‚Anker-Zentren‘, ‚Transit Camps‘, ‚Reception Centers‘ bzw. ‚Aufnahmezentren‘ oder ‚Refugee Camps‘ – es kursieren diverse politische Konzepte.
- Teils harren dort Menschen seit Jahren/Jahrzehnten aus, da Verfahren zeitintensiv sind und neue Fluchtbewegungen aufkommen können.
- Für die Menschen bedeuten Lager ein Leben in restriktiven Verhältnissen, Abhängigkeiten von politischen und humanitären Akteur:innen, ihren Entscheidungen und ‚Hilfsgütern‘, sowie weitreichenden Ungewissheiten über die Zukunft. Studien belegen, dass in Lagern weltweit prekäre Zustände vorherrschen und Gewaltgefahren, speziell genderbasierte Gewalt, prävalent sind.

Netzwerk Fluchtforschung

- Die Asylzentren sind ein politisches Vehikel zur Abschreckung. Sie reflektieren neokoloniale politische Strategien westlicher Staaten zur Abschottung der ‚Festung Europa‘ und materialisieren die Exklusion, Andersbehandlung und Vereinheitlichung nicht-weißer, nicht-westlicher Geflüchteter.
- Sollte es dazu kommen, dass diese Pläne umgesetzt werden, dann muss davon ausgegangen werden, dass die Zustände in den Asylzentren rasch prekär werden und die Menschen Restriktionen, Gewalt und Ungewissheit ausgesetzt sein würden.
- Das hat nichts mit einer menschenrechtlichen Ausrichtung europäischer Asylpolitiken zu tun.

Netzwerk Fluchtforschung 13.Juni 2023

- Restriktive Migrationspolitik führt nicht zu weniger Migration, sondern zu „mehr nicht-autorisierter Migration“.
- Die Beschlüsse des Rats zur Verschärfung des Asylrechts ignorieren zudem, dass Sekundärmigration auch eine Reaktion ist auf drohende Verelendung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in einigen Erstaufnahmeländern.
- Deutsche Gerichte haben aus diesem Grund in den vergangenen Jahren immer wieder Abschiebungen etwa nach Polen, Ungarn, Rumänien oder Litauen gestoppt.
- Der „Rule of Law Index“ des World Justice Project zeigt die dramatische Erosion der Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten der EU, die an den Außengrenzen liegen.

Netzwerk Fluchtforschung 13.Juni 2023

Der „Rule of Law Index“ des World Justice Project zeigt:

- So lag Polen 2022 nur auf Platz 36, knapp vor den Vereinigten Arabischen Emiraten, Griechenland auf Platz 44, Kroatien auf Platz 47 hinter Namibia und Ruanda, und Ungarn auf Platz 73 deutlich hinter Kasachstan, der Mongolei, Jordanien oder Tunesien.
- Zum Vergleich: Deutschland ist auf Platz 6. Sekundärbewegungen müssen auch als Antwort auf diese Lage gelesen werden.
- **Ärzte ohne Grenzen** beobachten zunehmende Einschränkungen und Bedrohungen der Arbeit infolge Krisen, Gesetzgebung, Angriffe auf Krankenhäuser und humanitäres Personal.
- Mit dem Fortschreiten der Klimakrise wachsen die humanitären Bedürfnisse weltweit über das bisherige Maß hinaus.

Prävalenz von psychischen Erkrankungen bei Geflüchteten und Asylbewerbern

- Audrey Hepburn: „Erst wenn kein Kind, kein Mensch mehr hungern muss, ist unser Kampf zu Ende“
- Außenministerin Baerbock würdigt humanitäre Arbeit von Helfern: Zum Welttag der humanitären Hilfe hat Baerbock die Arbeit von Helfern gewürdigt, die unter herausfordernden Bedingungen Menschen in Not unterstützen. Mehr als 362 Millionen Menschen seien aktuell auf humanitäre Hilfe angewiesen. „Das sind mehr als viermal so viele Menschen als alleine in Deutschland leben“, hieß es in einer Mitteilung der Grünen-Politikerin.Unterstützung von humanitären Projekten ...Teil der deutschen Außenpolitik: Deshalb stelle das Auswärtige Amt in diesem Jahr 2,7 Milliarden Euro an humanitärer Hilfe zur Verfügung. Deutschland ist seit vielen Jahren zweitgrößter Geber von humanitärer Hilfe. (21. August 2023: © dpa/aerzteblatt.de)

Seenotrettungsschiff „Aurora“ in Italien festgesetzt Dienstag, 22. August 2023

Lampedusa/Rom – Die italienischen Behörden haben das deutsche Seenotrettungsschiff „Aurora“ vorübergehend festgesetzt. Wie die italienische Nachrichtenagentur *Ansa* gestern berichtete, ziehe die Küstenwache das Schiff der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch für 20 Tage aus dem Verkehr. Die Organisation bestätigte den Vorgang. Als Grund sei angegeben worden, dass das Schiff ein Regierungsdekret missachtet habe. Die Crew des 14 Meter langen Boots steuerte nach der Rettung von 72 Menschen aus dem Mittelmeer die Insel Lampedusa an – die Behörden hatten ihr allerdings zuvor den Hafen im weiter entfernt liegenden Trapani im Nordwesten Siziliens zugewiesen. Die Seenotretter erklärten, der Hafen sei mangels Treibstoff für das Schiff nicht erreichbar gewesen, zudem sei an Bord das Trinkwasser ausgegangen.

Seenotrettungsschiff „Aurora“ in Italien festgesetzt, Dienstag, 22.08.23 Sea-Eye 4, festgesetzt, Mittwoch, 23.08.2023

- Etliche Menschen versuchen immer wieder mit oft seeuntauglichen Booten aus Tunesien und Libyen Italien zu erreichen. Bei den hochgefährlichen Überfahrten kommt es mitunter zu verheerenden Bootsunglücken. Das Innenministerium in Rom zählte in diesem Jahr mehr als 105.440 Menschen, die auf Booten Italien erreichten – im Vorjahreszeitraum waren es knapp 50.760. © *dpa/aerzteblatt.de*
- Salerno – Die italienischen Behörden haben nach Angaben von Sea-Eye das Rettungsschiff der deutschen Hilfsorganisation festgesetzt und damit das zweite innerhalb weniger Tage. Die italienische Küstenwache ziehe die Sea-Eye 4 für 20 Tage aus dem Verkehr, nachdem die Crew am Wochenende bei drei Einsätzen 114 Menschen im Mittelmeer gerettet hatte, teilte Sea-Eye mit. Vorwurf, gegen ein neues italienisches Gesetz verstoßen zu haben: es besagt unter anderem, dass nach einem Rettungseinsatz sofort ein Hafen anzusteuern ist, anstatt mehrere Rettungen durchzuführen. © *dpa/aerzteblatt.de*

EU-Kommission will Mittelmeer stärker überwachen

Montag, 18. September 2023 © dpa/aerzteblatt.de

- Lampedusa – Die EU-Kommission will mit stärkerer Überwachung des Mittelmeers auf die zahlreichen Überfahrten von Migranten nach Italien reagieren. Das kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern bei einem gemeinsamen Besuch mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni auf der Mittelmeerinsel Lampedusa an.
- Meloni pochte auf ein härteres Vorgehen: Die Migranten müssten schon an der Überfahrt nach Europa gehindert werden. Über die Umverteilung der Menschen auf die Mitgliedstaaten zu reden, löse das Problem nicht.
- Die EU-Außengrenze soll nach Worten von der Leyens stärker auf See und aus der Luft überwacht werden.
- „Wir werden entscheiden, wer in die Europäische Union kommt – und unter welchen Umständen. Und nicht die Schleuser“, sagte von der Leyen.

EU-Kommission will Mittelmeer stärker überwachen

Montag, 18. September 2023 © dpa/aerzteblatt.de

- Italien gehört zu den EU-Staaten, wo besonders viele Migranten ankommen. Über das Mittelmeer erreichten dieses Jahr nach Zahlen des Innenministeriums in Rom bereits mehr als 127.200 Menschen das Land (Stand 15. September). Im Vorjahreszeitraum waren es rund 66.200. Wegen der Nähe zur tunesischen Küstenstadt Sfax gehört Lampedusa seit Jahren zu den Brennpunkten der Migration nach Europa.
- Von der Leyen und Meloni besuchten das Erstaufnahmelager auf der Insel, das vor wenigen Tagen noch mit rund 6.800 Menschen maßlos überfüllt war. Sie besichtigten auch die für Migrantenankünfte vorgesehene Mole.
- Es gibt aber auch immer wieder Berichte über illegale Pushbacks bei Frontex-Operationen. Darunter versteht man die Zurückweisung von Schutzsuchenden an den Außengrenzen, die nach internationalem Recht illegal sind.

Die Ausweitung der Überwachung ist Teil eines Zehn-Punkte-Plans, den von der Leyen vorstellte. Demnach soll auch die Ausbildung der tunesischen Küstenwache und anderer Strafverfolgungsbehörden verbessert werden. Von der Leyen kündigte zudem ein härteres Vorgehen gegen Schleuser an. © dpa/aerzteblatt.de

Mit dem Smartphone auf der Flucht: informiert und überwacht: Dr.A. Grünewald, Referent für Migration bei Brot für die Welt

- BAMF nimmt Asylbewerbern das Handy zur Identitätsklärung und Klärung der Staatsangehörigkeit ab, liest das Handy aus, wertet es aus, wenn der Ausländer nicht im Besitz eines gültigen Passes ist. Insgesamt 60000 Handys eingezogen.
- Da das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung dieses Vorgehen als verfassungswidrig verbietet, soll jetzt der §15a AsylG erweitert werden um die Erlaubnis des Auswertens von Datenträgern, auch wenn die Millionen-teure Auswertungs-Software nur in 0,6% der Fälle Widersprüche aufdecken konnte zu den Angaben der Asylbewerber. In 32% bestätigten die ausgelesenen Daten die Angaben bei der Anhörung und 65% der Daten waren unlesbar.
- In Internierungslagern in Libyen werden die Handys abgenommen und erst wieder zurück gegeben, wenn die Kameras außer Kraft gesetzt wurden: so können keine Misshandlungen, unrechtmäßige Pushbacks über Video nachgewiesen werden(von Griechenland nach Mazedonien, von dort Pushback).
- Frontex hat Drohnen, die mit Satelliten, Hubschrauber Menschen überwachen.

Unicef: Seit Mai etwa 1.200 Kinder in Flüchtlingslagern im Sudan gestorben © afp/aerzteblatt.de

- Genf – In Flüchtlingslagern im Krisenland Sudan sind nach UN-Angaben seit Mai etwa 1.200 Kinder gestorben. Die Kinder in neun Camps in dem nordostafrikanischen Land seien Opfer von Mangelernährung und Maserninfektionen geworden, teilte das UN-Kinderhilfswerk Unicef heute in Genf mit.
- Wegen der „unentwegten Angriffe“ auf Gesundheitseinrichtungen und der schlechten Ernährungslage im Sudan sei zu befürchten, „dass bis Jahresende mehrere tausend Neugeborene sterben“.
- Im Sudan liefern sich seit Mitte April die Truppen von Militärherrscher Abdel Fattah al-Burhan und die RSF-Miliz seines früheren Stellvertreters Mohamed Hamdan Daglo einen blutigen Machtkampf.
- Allein aus der dicht besiedelten Hauptstadt Khartum flohen 2,8 Millionen Menschen vor den anhaltenden Luftangriffen, Artilleriegefechten und Straßenkämpfen.

T-online. Verwendete Quellen

**RTL/ntv-Trendbarometer durchgeführt von Forsa
Mit Material der Nachrichtenagentur dpa**

Geflüchtetenzahlen sind deutlich niedriger als 2015 und 2016

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten Ende 2022 etwa 3,1 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, wobei der Großteil (2,25 Millionen) über einen anerkannten Schutzstatus verfügte. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das ein Plus von 1,14 Millionen Personen – der höchste Zuwachs innerhalb eines Berichtsjahres seit Beginn der Statistik 2007. Dies geht vor allem auf den Zuzug von rund 1,01 Millionen Menschen aus der Ukraine zurück, die allein im Jahr 2022 in Deutschland Schutz vor dem russischen Angriffskrieg suchten.

Zuletzt ist die Zahl der Neuankömmlinge wieder gestiegen. Zwischen Januar und August 2023 stellten dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zufolge hierzulande 220.116 Menschen einen Antrag auf Asyl, die meisten aus Syrien und Afghanistan. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 77 Prozent. 2015 und 2016, als viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, lagen die Werte für das Gesamtjahr bei 476.649 und 745.545 Anträgen.

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. und Amnesty International

„Flucht ist kein Verbrechen –
Menschenrechte kennen keine Grenzen“

Literatur

- Brakemeier EL et al. Psychologische Third-Mission-Projekte im Kontext von COVID-19-Pandemie und Ukraine-Krieg. PiD. Psychotherapie im Dialog 2023; 24: 38-42. Thieme Stuttgart
- Blackmore R, Boyle JA, Fazel M et. al: The prevalence of mental illness in refugees and asylum seekers: A systematic review and meta-analysis. PLOS Med 2020;17: e1003337
- Chaaya C, Devi Thambi V, Sabuncu Ö et al. Ukraine – Russia crisis and its impacts on the mental health of Ukrainian young people during the COVID-19 pandemic. Ann Med Surg 2022;79: 104033
- <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/risiko-emotionen-sorgen/50-zeitgleichekrisen>; Stand: 10.02.2023
- Positionspapier DGPPN (20.06.2023)